

19.09.2023

## **Kleine Anfrage 2599**

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias AfD

### **Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Dingden – Warum stellt die Landesregierung erneut das Leben der Bürger einer kleinen Gemeinde auf den Kopf?**

Der Ortsteil Dingden der Stadt Hamminkeln verfügt über 7.100 Einwohner. Im südlichen Bereich plant die Landesregierung eine ZUE für 450 Asylsuchende zu errichten. Dazu sollen drei zusammenhängende Grundstücke erworben werden.

Insbesondere im Hinblick darauf, dass das beschauliche Dingden bereits zu großen Teilen die der Stadt Hamminkeln zugewiesenen Flüchtlinge beherbergt, erscheint die Verhältnismäßigkeit für die Anwohner wohl äußerst fraglich.

Ein Grundstück ist im Besitz der Stadt, ein Grundstück gehört einem Landwirt und ein weiteres einem Adeligen.

Im Westen und Norden befinden sich Industriebetriebe, darunter ein Textilunternehmen. In direkter Nachbarschaft befinden sich zudem Wohngebiete mit zahlreichen Einfamilienhäusern, wo sich viele Familien niedergelassen haben. Im Zuge der Errichtung der ZUE ist von einem erheblichen Wertverlust der Immobilien dieser Bürger auszugehen.

Das von der Landesregierung favorisierte Grundstück sowie das umliegende Gebiet waren in der Vergangenheit großräumig von Überschwemmungen betroffen, weshalb eine weitergehende Versiegelung der Fläche in solch hohem Ausmaß problematisch erscheint.

Zudem sind im Zuge des Betriebs der ZUE Probleme mit dem Immissionsschutz wahrscheinlich. Die Immissionen gehen dabei weniger von der angrenzenden Bahnstrecke (Wesel–Bocholt) als von den angrenzenden Industriebetrieben aus, in denen auch nachts Ware angeliefert wird.

Das Grundstück ist zusammenfassend aus mehreren Gründen ungeeignet für eine ZUE, weshalb sich die Frage stellt, wie und warum dieses Grundstück diesbezüglich überhaupt in den Fokus gerückt ist.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Warum wurde Dingden als potentieller Standort für eine ZUE ausgewählt?
2. Inwiefern trifft es zu, dass die Stadt Hamminkeln in Person des Bürgermeisters, Bernd Romanski (SPD), proaktiv als Standort für eine zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) geworben hat?
3. Wann kam es – in Bezug auf die geplante ZUE Dingden – zur ersten Kontaktaufnahme der Stadt Hamminkeln mit der zuständigen Bezirksregierung bzw. mit der Landesregierung?
4. Inwiefern wirkt sich – aktuellen Planungen folgend – die zu erwartenden Flächenversiegelung auf dem Grundstück der neuen ZUE auf den Hochwasserschutz in diesem Gebiet aus?
5. Inwiefern ist – aktuellen Planungen folgend – davon auszugehen, dass die benachbarten örtlichen Industriebetriebe (im Westen des geplanten Standorts) hinsichtlich des Immissionsschutzes durch die Errichtung der ZUE eingeschränkt bzw. behindert werden könnten?

Enxhi Seli-Zacharias